

Messerattacken in Deutschland - Epidemie oder Hysterie?

Im Frühjahr 2018 ereignen sich in Berlin, Kandel und Dortmund tödliche Messerattacken, die große journalistische Aufmerksamkeit erfahren und eine breit geführte Debatte über die Tatwaffe Messer anstoßen. Im politischen Berlin sprechen manche von einer „Messer-Epidemie“, Boulevardmedien heizen den Diskurs in der Öffentlichkeit mittels teilweise nicht belegbaren Zahlen an, Experten warnen vor Hysterie.

Nur neun Bundesländer weisen gesonderte Zahlen zur Tatwaffe Messer aus, statistische Aussagen sind daher nur bedingt möglich – dennoch soll Medienrecherchen zufolge die Zahl der Messerattacken in Deutschland seit 2014 insgesamt und zumindest tendenziell zugenommen haben. Eine bundeseinheitliche Statistik wird aktuell auf der Ebene der Innenminister der Länder diskutiert.

Das Land Hessen etwa erhebt Zahlen zu Delikten mit Messern. 2012 wurden 970 Fälle registriert, 2017 waren es 1194 – ein Anstieg um 23 Prozent. Nicht zuletzt deswegen ist es in Hessen seit Anfang Juli grundsätzlich möglich, Waffenverbotszonen auszuweisen – die Landeshauptstadt Wiesbaden plant, eine solche in der Innenstadt umzusetzen. In anderen Bundesländern wird das teilweise bereits praktiziert.

Der Staat müsse stärker auf die zunehmende Gewalt durch Messerattacken in Deutschland reagieren. Das sagt zumindest Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOIG). Zudem fordert die DPOIG eine Verschärfung des Waffenrechts. „Wenn jemand ein Messer in die Schule oder Diskothek mitbringt, muss das bestraft werden“, heißt es.

Ende Juli attackiert ein Mann in einem Lübecker Linienbus wahllos Passagiere, verletzt dabei zehn Menschen und legt schließlich Feuer. Drei Insassen und der Busfahrer beweisen Mut und Zivilcourage. Sie löschen den Brand, geleiten andere Passagiere aus dem Bus, ein Senior entwaffnet den Täter mit einem Ast. Der WEISSE RING ehrt die vier Männer Mitte August – die Auszeichnung ist die erste Amtshandlung der neuen Landesvorsitzenden der Opferhilfeorganisation in Schleswig-Holstein, Manuela Söller-Winkler.